

Lothar Rumold

Die Geburt des Künstlers aus dem Geist der Sozialstatistik. Versuch über das institutionalisierte Künstlertum

"[...] ich meine, daß wichtigste Teile des Menschengestes: Religion, Philosophie, Kunst, Dichtung, Wissenschaft neben, über, außer dem Staate und oft genug gegen ihn existieren; jede Verwendung und Verwendbarkeit dieser Organe des Menschengestes als Staatsorgan, jede offizielle, uniformierte und reglementierte Geistigkeit also, scheint mir die Ironie herauszufordern; auch ein 'Ministerium der schönen Künste' scheint mir das zu tun".

Thomas Mann: *Betrachtungen eines Unpolitischen*

"In den Unterschied selbst, in die Abweichung, hat sich Hoffnung zusammengezogen."

Theodor W. Adorno: *Kultur und Verwaltung*

Wenn man vor noch nicht allzu langer Zeit dreieinhalb Jahre lang Vorsitzender eines Vereins gewesen ist und gerade erst die Vereinssatzung neu geschrieben hat, kommt der eigene Vereinsaustritt für einen selbst vielleicht ein wenig überraschend. Mein "Unbehagen in der BBK-Kultur" datiert allerdings nicht erst vom Herbst vergangenen Jahres. In dem Maße, in dem es mir schreibenderweise gelang, die Gründe für dieses Unbehagen beim Namen zu nennen, ließ meine Überraschung nach. So entstand ein mehrseitiger Text, den man als Streitschrift auffassen könnte. Das Motiv für meine Überlegungen war aber weder die Lust an der Provokation noch die an der verbalen Rauferei. Stattdessen ging es mir um eine Versöhnung mit der Vorstellung von mir selbst als "Künstler", das heißt: um die Herstellung der Voraussetzungen dafür.

Als ich im September 2011 meine Mitgliedschaft im BBK-Karlsruhe kündigte, da geschah dies aus Verärgerung über den Bundesvorsitzenden, den Bundesvorstand und den Vorstand des Karlsruher Bezirksverbands gleichermaßen. Heute, ein halbes Jahr später, sehe ich in diesem Ärger eine Art Katalysator, der eine längst überfällige Trennungs-Reaktion ermöglicht und ausgelöst hat. Die Chemie dieser Reaktion ist weniger eine zwischenmenschliche als eine künstlerisch-grundsätzliche oder auch, wenn man so will, eine kunst- und kulturpolitische; davon weiter unten. Ich verzichte also darauf, meinem ursprünglichen Ärger an dieser Stelle ausführlich Luft zu machen. Zwei oder drei zentrale Punkte meiner Kritik am rhetorischen Gebaren des Bundesvorsitzenden und am desolaten Zustand der Kommunikations- und Demokratiekultur des Verbandes möchte ich hier dennoch einleitend vortragen.

Der Bundesvorsitzende und Sprecher des Bundesvorstands versucht notorisch, die Mitglieder der Bezirksverbände vor seinen politischen Karren zu spannen und gemeinsam mit dem Bundesvorstand sieht er kein Problem darin, ebenso unaufgefordert wie ausdrücklich "im Namen aller" zu sprechen. Man mag das als Zeichen seines gesunden Selbstbewusstseins wahrnehmen, zugleich bedeutet es aber auch einen Akt der Zwangssolidarisierung von oben. Um mich dem zu entziehen, und um wenigstens für meine Person solcher vereinnahmenden politischen Rhetorik jeden Anschein von Legitimität zu nehmen, sah und sehe ich nur die Möglichkeit des Rückzugs aus dem Verband und damit aus dem Verbandssystem, zumal im Verlauf der Debatte zwischen mir und dem Bundesvorsitzenden seitens des Bundes- und Bezirksverbands keinerlei Bereitschaft zu erkennen war, die im Raum stehenden Fragen der Verbandsstruktur und der Vereinsdemokratie auch an anderem Ort, also öffentlich, zu thematisieren. Man wird aus gutem vereinsrechtlichen Grund der Auffassung sein müssen, dass die Mitglieder der Bezirksverbände *nicht* Mitglieder des Bundesverbands sind. Vom Bundesvorstand wird das Gegenteil behauptet. Auch lässt sich nicht in Abrede stellen, dass die politische Willensbildung im Verband kaum noch unseren hier und heute vorhandenen Vorstellungen von Demokratie entspricht. Man erregt sich in Berlin offiziell über die Unterdrückung der Freiheit

in China und regiert den Verband im autokratischen Führungsstil des 19. Jahrhunderts. Jedes BBK-Mitglied weiß, dass über die Verbandspolitik im Allgemeinen und im Besonderen nicht "unten", sondern "oben" entschieden wird. Über das klägliche Verhalten des Karlsruher Vorstands in der ganzen Angelegenheit hier mehr als nur dies eine Wort (nämlich: dass es ein klägliches war) zu verlieren, ist der Mühe nicht wert.

Ich möchte mit dem nun folgenden Versuch über das institutionalisierte Künstlertum einen vorläufigen Schlussstrich unter zwanzig Jahre loyaler BBK-Mitgliedschaft ziehen. Ich tue dies aus einem persönlichen Bedürfnis nach Klarheit in den angesprochenen Fragen, aber auch in der zugegeben schwachen Hoffnung auf weiterführende Resonanz und Reaktion. Eine mögliche Folge sehe ich weniger in der Auflösung des alten und in der Gründung eines neuen BBK, als in der diskursiven Rekonstruktion eines künstlerischen Selbstverständnisses jenseits der sozialen An- und Einbindungen und unabhängig von diesen. Es wäre also unter anderem (erneut) darüber zu sprechen, wie man für sich als Künstler die Zumutung von Rollenzuschreibungen und aufgenötigten moralischen Selbstverpflichtungen zurückweist, ohne die Existenz einer Verantwortung fürs Ganze pauschal zu negieren, wie man sich der Wirklichkeit künstlerisch entzieht oder verweigert, ohne von ihr im nächsten Moment auf die eine oder andere schmerzliche Weise eingeholt zu werden. Wenn der andere Name der Freiheit Verantwortung ist, wie Bundespräsident Joachim Gauck meint ("Ich definiere Freiheit als Verantwortung"¹), dann bedeutet dies für die Kunst: die Fortsetzung des moralisch richtigen Handelns mit künstlerischen Mitteln. Die Freiheit der Kunst, ja Freiheit überhaupt, wird damit kassiert von dem, was jeweils unter "Verantwortung" verstanden werden soll. Dass man der präsidentialen Gleichsetzung des Begriffs der Freiheit mit dem der Verantwortung als Künstler nicht zustimmen kann, wäre wohl bis vor kurzem unter Künstlern noch Konsens gewesen. Doch die Zeiten haben sich geändert. Heute handeln Künstler selbst dort noch "verantwortlich" im Sinne der *Political Correctness*, wo sie sich die "Freiheit" der politischen "Provokation" nehmen – was man nicht nur am Sarrazin-Recycling-Projekt des Tschechen Martin Zet studieren kann. Auch davon wird im Folgenden die Rede sein.

Kommunale Förderung, staatliche Kunstankäufe als Form der Alimentierung, ein verminderter Mehrwertsteuersatz, gesetzlich vorgeschriebene Ausstellungshonorare, Kunst-am-Bau-Verordnungen, eine Künstlersozialkasse, womöglich noch eine Grundsicherung eigens für Künstler – lauter prinzipiell mögliche und real erlebte Wohltaten, die zweifellos auch wirtschaftliche und psychologische Abhängigkeiten schaffen. Was die zunehmende "Verstaatlichung" des konkreten Künstlerdaseins für das Selbstverständnis und die Selbstwahrnehmung der Begünstigten bedeutet, ob und wo da noch Freiraum bleibt für Eigenverantwortung, Selbstbestimmung, geistige Beweglichkeit und Unabhängigkeit – diese Frage mag sich jeder, der meint, dass sie ihn etwas angehen könnte, selbst stellen und beantworten. Herauszufinden wäre, wie "künstlerische Positionen", die den Namen verdienen, außerhalb des vom BBK mit entworfenen und öffentlich geförderten Sozialrollen-Schemas möglich sind, wobei das Künstler-Schema, gegen das sich meine Polemik richtet, nicht nur eine pekuniär-materielle, sondern auch ein politisch-ideelle Seite hat.

Unser kollektives Wissen über die Dinge des Lebens sagt uns, dass man von der Kunst nicht leben kann. Allein der Bundesverband Bildender Künstler scheint die Spatzen, die das schon lange von den Dächern pfeifen, nicht gehört zu haben - sonst würde er mit den Beiträgen der Bezirksverbandsmitglieder nicht so unsinnige Projekte wie eine Erhebung über die wirtschaftliche Lage der bildenden Künstler finanzieren. Die wenigsten, die sich Künstler nennen, sind dies von Berufs wegen. Die meisten so genannten Künstler pflegen ein Hobby, in dem sie unter Umständen ihre eigentliche Berufung sehen. Niemand ist gezwungen, sich als Künstler durchs Leben zu schlagen. Der arme Poet ist nicht arm, weil er dichtet, sondern weil er ausschließlich Poet sein will und davon nicht leben kann. Für die meisten Künstler wäre wohl in ökonomischer Hinsicht die Bezeichnung

1 Nürnberg Nachrichten, 12.11.2011

Nebenerwerbs- oder Gelegenheitskünstler zutreffend. So wie es etliche Menschen gibt, die Yogaübungen machen, ohne davon leben zu können, gibt es auch viele, die künstlerisch tätig sind, ohne mit dieser Tätigkeit in nennenswertem Umfang Geld zu verdienen. Aber ist das ein Problem? Der Bundesverband will Probleme lösen, die nicht existieren, mit Maßnahmen, die für die große Mehrheit auch dann keine Lösung wären, wenn es die erfundenen Probleme tatsächlich gäbe.

Das System BBK (Bundesverband, Landesverbände und Bezirksverbände bildender Künstler) ist der Versuch, den bildenden Künstler nicht einfach nur sozial zu integrieren, sondern als einen nach sozialstaatlichen Gesichtspunkten entworfenen Typus überhaupt erst zu schaffen: Kreation und Integration sind in diesem Fall dasselbe, man könnte geradezu von einer Geburt des Künstlers aus dem Geist der Sozialstatistik sprechen. Künstlersozialkasse, Kunst-am-Bau-Verordnungen, ein verminderter Mehrwertsteuersatz, die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der Ausstellungshonorierung – das alles sind bereits errungene oder noch zu erringende Errungenschaften, die, indem sie den Künstlern zugute kommen, diese als sozial wahrnehmbare Existenzen überhaupt erst im Durcheinander des allgemeinen Webens und Strebens erkennbar werden lassen. Vor der Erschaffung des Künstlers als sozialplastischem Homunkulus gab es gelegentlich oder auch gewohnheitsmäßig künstlerisch tätige Menschen, die zwar häufig auch "Künstler" genannt wurden, deren Design sich aber vom heutigen Künstler-Standard-Modell grundsätzlich unterschied. Nur einige wenige Künstler waren (und sind) dazu in der Lage, mit Hilfe der Malerei oder Bildhauerei ihre Miete und die Flasche Wein, gelegentlich sogar die Villa im Tessin zu finanzieren. Neuerdings gibt es aber eine große Zahl von Künstlern als Nutznießer gewisser kommunaler Einrichtungen und staatlicher Leistungen und Vergünstigungen sowie Mitglieder (es ist von zehntausend die Rede) gewisser Vereine, die gerade dadurch zu "Künstlern" werden, dass sie als personaler Bestandteil des Künstler-Sozial-Systems statistisch erfassbar in Erscheinung treten. Als Künstler oder Künstlerin kommt dann der malende Staatsanwalt ebenso infrage wie die collagierende Apothekerin, der bildhauernde Drucker ebenso wie die fotografierende Fremdsprachensekretärin im Ruhestand - ja sogar von Kunstakademie-Absolventen kann die Künstler-Sozial-Rolle mühelos gespielt werden. Nicht mit Künstlern im altmodisch-emphatischen, sondern mit systembedingten Quasi-Künstlern im statistischen Sinn hat man es heute in der Regel zu tun.

Wer eine soziale Lage hat, hat auch eine soziale Verantwortung und eine gesellschaftliche Funktion, deren Bedeutung im Falle des Künstlers à la BBK gar nicht überschätzt werden kann. Vom sozialen Nutzen und gesellschaftlichen Frommen der Künstler(innen)schaft handeln viele der erbaulichen Geschichten, die man sich an den Lagerfeuern der Kunst- und Kulturfunktionäre erzählt, vorzugsweise dann, wenn das soziale Klima angeblich rauer, der Bildungsnotstand größer, die MigrantInnen-Problematik brisanter und die nationalsozialistische Gefahr gefährlicher zu werden drohen. Die Sozialplastik "Künstler" wäre ohne ihre politisch korrekte geistig-moralische Seite, die nicht nur vom BBK, sondern auch von der linksliberalen Mehrheit der Kulturschaffenden in den Medien täglich neu erfunden, gefördert und gefordert wird, nicht nur nicht vollständig, sondern auch gesellschaftlich nicht zu verantworten. Dem Recht auf sozial integriertes Künstlertum entspricht offenbar die Pflicht, ein moralisch akzeptables Künstler-Exemplar darzustellen, die ständige Selbstrechtfertigung im Spiegel der aktuellen politischen Welt- und meteorologischen Klimalage gehört damit zum täglichen künstlerischen Pflichtprogramm. Martin Walser stellte jetzt fest: "Wer nur gerechtfertigt leben kann, kann nicht leben."² Daran anschließend ist zu bemerken: ein Künstlertum, welches sich ständig um seiner sozialen Existenzberechtigung willen nach allen Seiten absichern und politisch-moralisch rechtfertigen zu sollen meint, ist für mich keine künstlerisch lebbare Möglichkeit. Unter selbst erzeugtem Rechtfertigungsdruck entstehen keine Kunstwerke, sondern Gnadengesuche ans Publikum und an die Gesellschaft. Einem Verein in einem Verband, der solches Künstlertum – wahrscheinlich *nolens volens* - als andere Seite der Medaille der sozialstaatlichen Integration modelliert und politisch propagiert, würde ich heute nicht mehr beitreten.

2 Martin Walser: Über Rechtfertigung, eine Versuchung. Reinbek bei Hamburg 2012 (Rowohlt), S.11

Es wurde von mir weiter oben ein fortzusetzendes Nachdenken über eine Auffassung von Künstlertum jenseits der sozial-institutionellen und politisch-moralischen Integration, wie sie nicht nur vom Bundesverband Bildender Künstler befürwortet und konkret vorangetrieben wird, als Möglichkeit angedeutet. Ob diskursiv oder monologisch: die gedankliche Rückführung zu den persönlichen Kraftquellen künstlerischen Tuns wird sich ohne eine Reihe von inneren und äußeren Absetzbewegungen kaum bewerkstelligen lassen. So wird es unter anderem unabdingbar sein, zu den real existierenden Künstlerverbänden physisch und psychisch auf Distanz zu gehen, da diese Vereine die Vorrangigkeit des kollektiven Sich-Sorgen-Machens und des Klagens und Sich-Erregens über tatsächliche oder imaginierte Unbill aufgrund der gemeinschaftsbildenden Wirkung desselben nicht werden infrage stellen wollen. Künstlervereine und künstlerische Gruppierungen der heute anzutreffenden Art sind weniger Aktionsgemeinschaften im Kunstbetrieb als Systemstellen der Kulturpolitik. Diese braucht als Ansprechpartner und als Ziel und Zweck ihrer Maßnahmen Institutionen und Verbände oder Kollektive unterschiedlicher Art – von der "freien Kunstszene" über etwelche Atelier- oder Künstlerhausgemeinschaften bis hin zu den im Laufe der Zeit sich versammelnden Preis- und Ausschreibungskollektiven. Der Preis und die Ausschreibung als Institution sind aus kulturpolitischer Sicht allemal wichtiger als die eher zufälligen Preisträger und Wettbewerbssieger. Mit Künstlern als Individuen kann die Kulturpolitik nichts anfangen, sie interessiert sich für den Künstler als Typus: "BBK-Künstler", "Freie-Szene-Künstler", "Junger Künstler", "Etablierter Künstler", "Preisträger-Künstler", "Laien-Künstler" – im Heidelberger Forum für Kunst konnte man kürzlich sogar die Werke eines "Außenseiter-Künstlers" betrachten. Bis heute ist mir eindrücklich in Erinnerung, wie ein bekannter städtischer Amtsinhaber bei der Einweihung einer umstrittenen Karlsruher Kunstinstallation den durchaus prominenten Schöpfer des einzuweihenden Kunstwerks nicht namentlich, sondern nur mit "lieber Künstler" begrüßte. Kann man noch prägnanter zum Ausdruck bringen, dass für die Kulturpolitik die Person des Künstlers nur als x-beliebige Variable der kulturpolitischen Denk- und Handlungsformeln in Betracht kommt?

Die politische Konsequenz aus alledem ist nicht notwendigerweise die grundsätzliche und dauerhafte Distanzierung vom kulturpolitischen Betrieb. Kultur sei, stellte Theodor W. Adorno schon Ende der 1950er Jahre fest, immer schon verwaltete Kultur. Die Skepsis gegenüber dem, was kommunale und staatliche Stellen, was Vereine und Verbände zum Wohle von Kunst, Kultur und Künstlern sich so einfallen lassen, kann jedoch, so mein Verdacht, nicht groß genug sein. Die reale politische Einflussnahme, die heute im Bereich von Kunst und Kultur stattfindet, ist vor allem struktureller Natur. Sie trägt den Namen Förderung und stößt bei den Kunst- und Kulturschaffenden auf bereitwilliges Entgegenkommen. Allzu schnell und allzu gerne gerät man als bildender Künstler in die Rolle dessen, der unentwegt auf der Suche nach sich bietenden Gelegenheiten ist, Gelegenheiten, die nicht auf die eigene Initiative zurückgehen – seien dies nun Ausstellungsmöglichkeiten, Kunst-am-Bau-Wettbewerbe, Preise für Unter-dreißig- oder Über-vierzig-Jährige. Für viele gleicht ihr Künstlerdasein einer von Kulturpolitik und Verbänden organisierten Schnitzeljagd. Sie rennen von einer Station zur nächsten und an jedem der Etappen-Zielpunkte gibt es kein Schnitzel, sondern bloß einen Zettel, auf dem steht, wo es als nächstes wieder nichts zu holen geben wird.

Die meisten der haupt- oder nebenberuflich künstlerisch Tätigen spielen eine Statistenrolle in Stücken, die andere geschrieben und wieder andere inszeniert haben. Man kann von Christoph Schlingensiefel und seinen Kunstaktionen halten, was man will: er hat die "Kulturpolitik", in deren Rahmen er aktiv geworden ist, typischerweise und bis zuletzt selbst gemacht. Dieses Moment der politisch-artistischen Autonomie verbindet ihn mit dem Weltumradler Heinz Stücke, der ohne finanzielle Rückendeckung und ohne Krankenversicherung praktisch über den gesamten "erfahrbaren" Globus geradelt ist, und der nicht vom Fahrrad steigen, geschweige denn in sein Heimatland Deutschland zurückkehren mag, weil er fürchtet, dann wieder, wie er selbst sagt, "unter die Fuchtel der Gesellschaft" zu geraten. Nicht dass ich Schlingensiefel und Stücke zur Nachahmung empfehlen möchte – aber etwas mehr von deren anti-institutionalistischer und "asozialer" Grundeinstellung

würde den Künstlern und der Kunst guttun. Freiheit, so Peter Sloterdijk in einer vor einem Jahr gehaltenen Rede, sei "Verfügbarkeit für das Unwahrscheinliche" und spreche "die Absage an die Tyrannei des Wahrscheinlichsten"³ aus. Der Berufsverband Bildender Künstler arbeitet zusammen mit anderen kulturpolitischen Aktivisten unbeirrbar auf eine Art Verstaatlichung des Künstlertums und Verbeamtung der Künstlerschaft hin. Das Unwahrscheinlichste, was einem Künstler-Beamten dann noch widerfahren könnte, wäre eine Erhöhung des staatlich garantierten Mindestausstellungshonorars nicht in diesem, sondern erst im nächsten Jahr und eine Auszahlung der Künstler-Grundsicherung nicht schon nach drei, sondern erst nach fünf Jahren BBK-Mitgliedschaft. Wir sind mittlerweile längst dabei, das, was sich unter Künstlern einmal mit dem Namen der Freiheit verband, bis zur Unkenntlichkeit zu resozialisieren und kulturpolitisch zu domestizieren. Dass davon Form und Inhalt der Kunst unberührt bleiben, glauben allenfalls Kulturfunktionäre und Verbandsmitglieder.

(Karlsruhe, Februar/März 2012)

3 Peter Sloterdijk: Streß und Freiheit. Berlin 2011 (Sonderdruck edition suhrkamp), S. 58